

Die neuen
Kommunikationswege
in China

„Harmonische Gesellschaft“ durch das Internet in China?

Christian Schwarz-Schilling /
Eva Maria Durstewitz-Marschall

Kommunikation ist ein elementarer Faktor des menschlichen Zusammenlebens. Die Ausdifferenzierung der zwischenmenschlichen Kommunikation, angefangen bei Sprache über Schrift, Buchdruck bis hin zur ausgeklügelten computergestützten Kommunikation von heute, hat den Fortschritt sowie das Zusammenleben und -arbeiten von Menschen über Grenzen und Zeiten hinweg möglich gemacht. Die Hochkulturen des Altertums wären ohne die vorausgegangene Erfindung der Schrift als erstes technisches Kommunikationsmittel undenkbar gewesen. Dieses gilt für die klassischen Hochkulturen in Vorderasien, Ägypten und Griechenland genauso wie für Indien und China. Die Erfindung des Buchdrucks, der die Exklusivität des geschriebenen Wortes aufhob und seine Verbreitung ermöglichte, ist ein weiteres Beispiel für die epochenändernde Bedeutung, die ein neues Kommunikationsmittel entfalten kann. In China wurde der Buchdruck bereits über 1200 Jahre früher als in Europa erfunden. Wissenschaft, Kunst, Literatur und Geschichtsschreibung konnten sich deshalb vom dritten bis ins sechzehnte Jahrhundert in ganz anderer Vielfalt und Bunt heit entwickeln als zur selben Zeit in Europa.

Heute stellen Mobilfunktechnologie, Satellitentechnik und Internet die neuen Techniken dar, welche die Kommunikationsmöglichkeiten der Gesellschaften revolutionieren – dies gilt in Europa ebenso wie in China und weltweit.

Wie alle modernen Industrienationen hat auch China bereits in den 1980er-Jahren intensiv im Bereich der Computertechnologie geforscht und sich für die Entwicklung des Internets interessiert – von Anfang an auch in enger Zusammenarbeit mit Deutschland. 1994 wurde von den chinesischen Behörden die Erlaubnis zu einer vollwertigen TCP/IP-Internetverbindung (Transmission-Control-/Internet-Protocol-Verbindung) erteilt. 1996, als die Internetnutzung in China noch in den Kinderschuhen steckte, wurden auch schon erste Bestimmungen zur Kontrolle des Internets erlassen. In der Ambivalenz zwischen unvermeidlicher und nutzbringender Offenheit einerseits und dem staatlichen Schutz- und Kontrollbedürfnis andererseits lag für Chinas Führung von Anfang an ein problematisches Potenzial.

Wie in Europa und den USA ist inzwischen auch in China das Internet aus dem Lebens- und Arbeitsalltag vieler Menschen und Branchen nicht mehr wegzudenken. Ganze Wirtschaftszweige, private Haushalte, Wissenschaftler und auch die Kommunistische Partei in China nutzen das Internet weitreichend. Die Wirtschaftsentwicklung, die Forschungserträge und somit der Wohlstand des Landes fußen auch auf den Errungenschaften der neuen Technologien.

Einige Zahlen belegen eindrucksvoll diese Entwicklung: Das „China Internet Network Information Center“ gibt in seinem aktuellen Bericht vom Januar 2012 die Gesamtanzahl der Internetnutzer in

China für das Jahr 2011 mit 513 Millionen an, damit liegt die Zahl der User nun schon weit vor der in den USA mit „nur“ 250 Millionen – in absoluten Zahlen ein immenser Vorsprung Chinas gegenüber den Vereinigten Staaten. Bezogen auf die Einwohnerzahl, bedeutet dies allerdings immer noch, dass in den USA achtzig Prozent der Einwohner online sind, während dies bisher nur für knapp vierzig Prozent der Einwohner Chinas gilt.

Der aktuelle Statistikbericht des „China Network Information Center“ führt weiter an, dass 69,3 Prozent der Internetuser in China per Mobiltelefon online gehen. Durchschnittlich verbringen die chinesischen Internetnutzer mehr als 18 Stunden pro Woche online. Es sind von Anfang an vor allem die 20- bis 29-Jährigen gewesen, darunter als größte Gruppe die Studierenden, die sich im Netz bewegen. Aber die Nutzerzahlen steigen auch in den älteren Kohorten seit Jahren an. Viele nutzen das Netz zur Unterhaltung; 75,2 Prozent der Nutzer hören zum Beispiel mit ihrem Handy online Musik. Aber 71,5 Prozent der User geben auch an, das Netz für Nachrichtensuche und Informationsrecherchen zu nutzen.

Internetcafés gehören seit der zweiten Hälfte der 1990er-Jahre zum Stadtbild in China und sind auch in ländlichen Gebieten verbreitet. Allerdings dürfen Internetcafés, sogenannte Wangba, nur durch die zehnstaatlichen, offiziell beauftragten Einrichtungen eröffnet werden, die auch deren Ausrüstung und den landeseinheitlichen Technikstandard sowie die Einhaltung aller sonstigen Vorschriften kontrollieren. Dazu zählt auch die Installation von Überwachungskameras in jedem Wangba.

Neue Chancen für eine „harmonische Gesellschaft“

In Bezug auf die Entwicklung der chinesischen Gesellschaft bergen die neuen Kommunikationstechniken viele Chancen, aber auch Risiken.

Während die „alten“ Medien durch eine Kapazitätsbeschränkung, sei es durch eine limitierte Anzahl von Sendeplätzen, eine Auflagen- oder Seitenbegrenzung gebunden waren und sind, ist das Internet von einer fast grenzenlosen Weite gekennzeichnet. Die Notwendigkeit, wegen Platzmangels nur einige bestimmte Informationen zur Veröffentlichung auszuwählen, entfällt. Online kann eine Vielzahl von Informationen auch über noch so marginale Themen ausführlich wiedergegeben und jedem Nutzer zugänglich gemacht werden. Ein Füllhorn an Daten steht durch das Internet zur Verfügung.

Dieses *eine* neue Medium ist imstande, gleichzeitig *mehrere* Stimmen wiederzugeben, also unterschiedlichsten Sichtweisen, Absendern und Autoren Gehör zu verschaffen – ein extremer Kontrast zur alten Medienwelt Chinas. Schnellere und vielseitigere Informationen aber bedeuten mehr Wissen: eine Chance für Chinas Gesellschaft auf dem Weg zu mehr Bildung, Mündigkeit und Meinungsfreiheit. Mehr Dialog unter den Menschen kann im Resultat zu mehr Harmonie führen. Die Schaffung einer „harmonischen Gesellschaft“ gehört seit 2002 zu den erklärten Zielen der chinesischen Staatsführung. Das Internet könnte in diesem Sinne gewiss als Vehikel zum Erreichen dieses Ziels dienen.

Die Internetnutzung via Mobiltelefon, die in China mit knapp über 69 Prozent sehr ausgeprägt ist, führt zudem dazu, dass die Nutzer ihr eigenes „Mikrofon“ überall dabei haben und damit jeder Handybesitzer zum potenziellen Journalisten wird, wie es Wu Fei von der Universität Zhe Jiang in einem Beitrag mit dem Titel „Blogs und Graswurzeldemokratie in China“ darstellt. Das Informations- und Meinungsmonopol des Staates hat sich aufgelöst. Informationen über Unfälle, Missstände oder über Fehlverhalten von Funktionären, zum Beispiel in den Provinzregierungen, können nun weder der

Parteispitze noch den Bürgern länger vor- enthalten werden.

Den Blogs kommt bei der Meinungs- und Informationsverbreitung eine zusätzliche wichtige Bedeutung zu – ebenso den zahlreichen Chatrooms. Hier ist eine neue Form des privaten Meinungsaustausches entstanden, der zuvor vor allem in den riesigen chinesischen Großstädten kaum mehr möglich war. Durch die beliebt gewordenen Chatforen, in denen weit voneinander entfernt lebende Menschen in Echtzeit und mit gleichen technischen „Sendevoraussetzungen“ auf einer virtuellen Agora miteinander ins Gespräch kommen, ist ein Potenzial entstanden, das den Meinungsaustausch enorm beflügeln kann. Dieses birgt eine Chance sowohl für die Gesellschaft als auch für die Partei, die mit sensibler Bloganalyse Einsicht in die Interessen der Bürger erhalten kann. Diese Informationen wiederum können zu einem wichtigen Faktor auf dem Weg zur offiziell angestrebten „Gesamtharmonie in der Gesellschaft“ werden.

Herausforderung an die Kommunistische Partei

Immer wieder machen die Zensurmaßnahmen im chinesischen Internet negative Schlagzeilen. Wie geht die politische Führung in China mit diesem neuen Medium um?

Mit Forschungsanstrengungen, wirtschaftlichem Weitblick und technischem Geschick wurden die Voraussetzungen für eine moderne Mediengesellschaft von der Partei selbst geschaffen. Gleichzeitig liegt es auf der Hand, dass sich der unbegrenzte Freiraum, den das Internet erschafft, nicht an Parteivorgaben hält und hier Widersprüche entstehen können respektive schon längst entstanden sind. Die Internetpolitik der Kommunistischen Partei ist gekennzeichnet von einer Ambivalenz, die zwischen Verbot und Kontrolle auf der einen Seite und

offensiver Nutzung auf der anderen Seite zu verorten ist.

Früher geschah die Informationsverbreitung primär nur in eine Richtung, „Top-down“: Die Parteiorgane kommunizierten die offizielle Partei- und Staatslinie von oben an die Parteifunktionäre nach unten weiter. Durch staatlich geleitete Print-, Radio- und Fernsehmedien war die Verbreitung der Sichtweise der Partei sichergestellt.

Durch die Etablierung des Internets haben sich die Kommunikationskanäle nun extrem ausgeweitet. Jeder einfache Parteikader und auch jeder Bürger kann seine Meinung verbreiten: eine Propagandakrise für die Kommunistische Partei. Es ist für die Partei nicht mehr länger vorhersehbar, welche neue Information am nächsten Tag die öffentliche Debatte bestimmen wird. Um diesem Kontrollverlust entgegenzuwirken, sind soziale Netzwerke wie Twitter und Facebook in China gesperrt worden. Sensible Begriffe (wie „Tibet“ oder „4. Juni“) werden von den Internetsuchmaschinen nicht umfassend oder gar nicht bedient. Zur täglichen Überwachung des Internets wurden circa 50 000 Internetexperten eingestellt, die die tägliche Onlinedatenflut sichten und gegebenenfalls Sperrungen einrichten sollen. Offizielle, freiwillige Beobachter und Informanten kommen hinzu.

Die Reaktion: Viele chinesische Journalisten und private Medienanbieter, die auf den Onlinemarkt angewiesen sind, unterziehen sich zunehmend einer Selbstzensur. Ein unausgesprochener Pakt mit der politischen Führung bringt die Bereitsteller von Onlineinformationen, aber auch die Onlinenutzer dazu, zum Selbstschutz politisch nicht konforme Informationen eigenständig auszusieben und die veröffentlichten Informationen der Parteilinie anzupassen oder mindestens zu „verschlüsseln“. Dieser vorauselende Gehorsam ist vor allem für die kommerziellen und nicht anonymen Anbieter überlebenswichtig.

Zuwiderhandlungen, also die wiederholte Teilnahme an kritischen Blogs oder die Veröffentlichung von Parteikritik, werden nicht als Bagateldelikte eingestuft. Immer wieder wird von massiven Bestrafungen oder Verfolgungen sogenannter „Internetoppositioneller“ berichtet, die sich via Onlineöffentlichkeit gegen Ansichten der Kommunistischen Partei gestellt haben.

Aber selbstverständlich ist in der westlichen Medienwelt ebenso nicht alles erlaubt. Insbesondere in Deutschland wird seit geraumer Zeit über die Kontrolle und Zensur von Internetangeboten diskutiert und diese mitunter praktiziert. Schon 1937 prägte Karl Löwenstein das Konzept der *Militant Democracy* – der wehrhaften Demokratie –, das sich im Wertegefüge des deutschen Grundgesetzes wiederfindet und als Schutzwall generell eher begrenzende Auswirkungen auf die öffentliche Meinungsbildung zeitigt. Gemeinsam mit der Weiterentwicklung des Strafrechts und des Jugendschutzes führt dies dazu, dass öffentliche Beiträge (und dies gilt eben auch für Onlinebeiträge) verboten sind, die die „freiheitliche demokratische Grundordnung“ der Bundesrepublik Deutschland oder den Gedanken der Völkerverständigung angreifen, die strafrechtlich relevant sind und zum Beispiel Kinderpornografie enthalten oder als jugendgefährdend einzustufen sind. Ein Vergleich mit der chinesischen Medienzensur wäre zwar verfehlt. Dass es aber durchaus gute Gründe für die Kontrolle und Einschränkung von Internetkommunikation geben kann, zeigt das deutsche Beispiel sehr wohl.

Statt nur die vermeintliche Gefahrenseite des Internets zu betonen, zeigt sich die chinesische Führung zunehmend auch aufgeschlossen. Forschung und Entwicklung wurden von Anfang an unterstützt. Und: Die Parteiführung hat verstanden, dass sie sich an die modernen Gegebenheiten anpassen und ihr Kommunikations-

verhalten den Dialoggewohnheiten ihrer Bürger entsprechen muss – wenn sie den Kontakt zu den Menschen nicht verlieren möchte.

Ein Wettkampf gegen die neue Form der Informationsverbreitung lässt sich nicht gewinnen. Verbote und Sperren kommen immer einen Schritt zu spät, und die globale Verbreitung von Nachrichten mit einem Klick lässt sich dann auch nicht mehr rückgängig machen, selbst wenn in einem Land nachträglich censiert wird.

Deshalb versucht die Kommunistische Partei Chinas selbst die Neuen Medien proaktiv zu nutzen. Längst finden Onlinechats mit hochrangigen Parteiführern statt.

Der chinesische Außenminister Li Zhaoxing chattete schon 2003 mit über 20 000 Teilnehmern im Cyber-Forum über die chinesische Außenpolitik, und der Parteichef Hu Jintao selbst signalisierte seine Aufgeschlossenheit dem neuen Trend gegenüber, als er sich 2008 an einem Onlinechat im Rahmen der Onlineausgabe von *People's Daily*, einem Parteiorgan mit weltweiter Verbreitung, beteiligte. Zwar dauerte das Ganze nur wenige Minuten, dennoch aber wurde diese Geste weithin beachtet, weil damit von oberster Stelle grünes Licht für Onlinechats gegeben und Nachahmer ermutigt wurden. Im Rahmen von Live-Berichterstattung im Internet-TV können die Bürger Einblicke in die Arbeit der Partei gewinnen. Die Partei kann ihre Positionen auf zahlreichen Websites präsentieren, adressatengerecht kommunizieren und sich auf diese Weise selbst mehr Gehör und Verständnis verschaffen.

Auch innerhalb der Partei werden Kommunikationsforen genutzt. Weit entfernte Provinzkader können dieselben Informationen und Schulungen wahrnehmen wie diejenigen im Pekinger Zentrum.

Neue Medien – neue Risiken?

Die generellen Risiken, die mit der Nutzung der neuen Informations- und

Kommunikationstechnologie einhergehen, sind in China nicht unbedingt andere als in westlichen Gesellschaften auch. Die großen Chancen – wie mehr Information, mehr Kommunikation, mehr Bildung, mehr Gleichheit, besserer Austausch, mehr „Harmonie“ – bergen aber auch unübersehbare Gefahren.

So wird die schier unendliche Menge an Informationen nicht selten als bedrohliche Datenschwemme charakterisiert. Während gebildete und interessierte Bürger imstande seien, in der Flut die wichtigen und richtigen Informationen herauszufiltern, stehe die Mehrzahl der chinesischen Nutzer der Daten- und Reizmasse eher hilflos gegenüber.

Eine weitere Gefahr, die in der Etablierung des Internetkonsums gesehen wird, ist die einer Spaltung der Gesellschaft. Dies gilt auch im Westen, jedoch in China in noch stärkerem Maße. Denn: Das bestehende Bildungsgefälle, die Kluft zwischen Stadt- und Landbevölkerung sowie zwischen Arm und Reich ist tiefgreifender als im Westen. Diese Kluft setzt sich in China auch im Bereich der Internetnutzung fort. Etliche, seien es die Alten oder die Bildungsfernen, bleiben auch hier weitgehend außen vor. Die Schranke trennt diejenigen, die keinen oder einen kaum funktionalen Zugang zum Internet haben, von jenen, die mit dem Internet kritisch, bewusst und produktiv umgehen. Während die herkömmlichen staatlichen Medien mit ihren einheitlichen Schlagzeilen die Parole des Tages für die gesamte Gesellschaft vorgeben konnten, fragmentiert sich die Öffentlichkeit nun entlang einer Vielzahl von Themen. Hierin kann eine Bedrohung des gesellschaftlichen Zusammenhaltes in China gesehen werden.

Neben weiteren Argumenten, die sich gegen einen sorglosen Umgang mit den Neuen Medien wenden, ist noch die Problematik des Datenschutzes zu nen-

nen. Das Gedächtnis des Internets, das die Interessen und Lebensgewohnheiten seiner Nutzer wie kein anderes Medium ausspionieren und für immer speichern kann, birgt unbestritten große Risiken. Das große Kontroll- und Nachverfolgungspotenzial kann in den falschen Händen, in demokratischen wie in nicht demokratischen Staaten, für den Einzelnen durchaus sehr problematisch werden. Neben besseren Datenschutzvorgaben muss deshalb auch jeder Nutzer selbst sehr sorgsam und vorsichtig mit dem Internet umgehen, um unnötige Datenspuren zu minimieren.

Wie auch immer die Risiken und Chancen, die mit den neuen Kommunikationswegen einhergehen, gewichtet werden mögen – China steht längst nicht mehr vor der Wahl, ob es Onlinekommunikation nutzen möchte oder nicht. Zu viele Bereiche des täglichen Lebens sowie die Funktionsfähigkeit von Staat und Wirtschaft fußen auf den neuen Technologien. Die Vorteile des Internets für die chinesische Gesellschaft, für die Volkswirtschaft und den Wohlstand sind unverkennbar, und allein aus diesem Grund ist der Trend unumkehrbar.

In der heutigen global vernetzten Welt werden jene Staaten im Vorteil sein, die rechtzeitig die Kommunikationsmöglichkeiten be- und ergreifen. Dabei kann eine vernünftige Regulierung erforderlich sein, die aber stets den Nutzer schützen und seine Freiheit sowie den Wettbewerb der Anbieter bewahren muss. Eine Regulierung gegen die Freiheit des Nutzers mag zeitweilig gelingen und dabei die technischen Möglichkeiten verzögern. Auf lange Sicht aber bricht sich der Fortschritt seine Bahn. Die Geschichte zeigt, dass es noch nie gelungen ist, das, was technisch möglich ist, langfristig aufzuhalten, und jene auf der Verliererseite stehen, die diese Realitäten nicht erkennen.